

da uns 25 Mitglieder zu viel schienen, haben wir 15 angenommen und verlangt, eine Einteilung zu machen, durch die alle Teile des Reiches zu ihrem Rechte kommen. Da sind uns nun soviel Einwendungen gemacht, daß man schließlich zu 17 Mitgliedern kam. Seitdem habe ich nichts mehr davon gehört, unterdessen aber sind aus den 17 bereits 23 geworden; warum es dann nicht auch 25 sein können, verstehe ich nicht recht. Es sind ohnehin von Bayern nur zwei Vertreter vorgesehen, während wir drei Kreise mit ganz verschiedener Organisation und verschiedenen Interessen haben. Wenn die Kommission 23 Mitglieder haben soll, so würde ich nicht einsehen, weshalb ein so wichtiger Gau wie die Pfalz unvertreten sein soll. Ich würde dann vorschlagen, Bayern und Sachsen noch je einen Vertreter zu geben und 25 Mitglieder zu wählen. Aber ich weiß, sobald einmal die Rivalität in dieser Richtung beginnt, dann gibt es an allen Ecken und Enden ein Ach und Weh, weil jeder Teil glaubt, er ist gerade so wichtig. Ich will deshalb hier keinen Antrag stellen. Das Beste wären wohl 15 Mitglieder, aber 25 werden die Partei auch nicht umbringen.

**Bader-Magdeburg:** Ich kann nicht einsehen, weshalb nicht eine Debatte über die Frage hier von Nutzen sein sollte. Man erwartet in Parteikreisen eine bestimmte Stellungnahme in der Organisationsfrage seitens des Parteitag. Man sollte zum mindesten eine Generaldiskussion zulassen, aus der die Kommission wichtige Informationen entnehmen könnte. Was die Zusammensetzung anlangt, so scheint mir Preußen mit 9 Stimmen von 23 viel zu wenig berücksichtigt, zumal die Frauen, die in Organisationsfragen dank unserer Vereinsgesetze am wenigsten Erfahrung haben, 2 Stimmen erhalten sollen. Ich würde dafür sein, daß die Kommission noch verstärkt wird und daß sie ihre Arbeit nach Art der Agrarkommission durch Einsetzung von Unterkommissionen erledigt.

**Stadthagen:** Ich schließe mich dem Antrage Vollmars, alle Anträge der Kommission zu überweisen, an. Den Antrag Arons bin ich ermächtigt, zurückzugeben. Die Zahl von 23 oder 25 Mitgliedern scheint mir viel zu hoch, die höchste Zahl wäre für mich 15, zu denen noch zwei Vorstandsmitglieder und zwei Frauen kommen würden. Ueber die Personen, die in der Kommission sitzen sollen, kann der Parteitag unmöglich beschließen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das muß den Organisationen der einzelnen Landesteile überlassen werden, und es muß der Kommission das Recht der Kooptation gelassen werden. Dann haben wir die Gewähr, daß auch wirklich Genossen gewählt werden, die etwas von den Organisationsfragen verstehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

**Hug-Bant:** Ich glaube doch, daß eine Generaldiskussion nichts schaden würde, sie ist umso notwendiger, als für den § 2 des Organisationsstatuts nun endlich eine Interpretation gegeben werden muß. Ich bin gewiß bekannt dafür, daß ich nicht nach Amt und Würden strebe, aber was dem Großherzog von Hessen recht ist, das muß uns billig sein. (Heiterkeit.) Wir haben es in Oldenburg und Ostfriesland, die in der Kommission nicht vertreten sind, mit 7 bis 8000 Werftarbeitern zu tun, wo gerade die von Gerisch hervorgehobene Frage in Betracht kommt. Es sollte doch nicht von den Genossen Preußens der Anschein erweckt werden: Wir Preußen sind groß, Ihr seid klein, drum müßt Ihr uns zu Willen sein. (Heiterkeit.) Die Erfahrung machen wir genug im Parlament, wir wollen sie nicht auch hier noch machen.

**Pianusch:** Ich bitte Sie, den Antrag Bader abzulehnen. Eine Generaldiskussion hat auch keinen Zweck. Wir sind doch alle Autoritäten auf dem Gebiete der Organisation. (Heiterkeit.) Es wird jeder etwas darüber zu sagen haben und schließlich wird doch nur ein kleiner Bruchteil zum Worte kommen. Die Gründe Vollmars sind durchschlagend. Darüber müssen wir uns klar sein, so vollkommen auch die Kommission zusammengesetzt wird, Mängel wird die Vorlage, die sie produziert, auch haben. (Sehr richtig!) Und Sie können heute noch so viel diskutieren, ihren eignen Weg wird die Kommission doch gehen

müssen, unbeschadet dessen, was hier in der Generaldiskussion gesagt wird. Diskutieren wir jetzt die Sache, dann wird der Kommission womöglich im nächsten Jahre der Vorwurf gemacht, sie habe die gegebenen Anregungen nicht genügend berücksichtigt. — Was die Zusammensetzung der Kommission anbelangt, so könnte man vielleicht Bayern und Oldenburg noch einen Sitz geben, dann kämen wir auf 25 Mitglieder.

**Ulrich-Offenbach:** Eine Generaldiskussion hätte nur Sinn, wenn wir Beschlüsse fassen wollten. Da dies nach der Menge der Anträge heute unmöglich ist, so ist auch eine Generaldiskussion überflüssig. Ich kann aber auch Stadthagens Vorschlag nicht zustimmen. Sein Apparat ist viel zu kompliziert. Bei der Kooptation kämen wir über die 15 und 17 doppelt und dreifach hinaus. Ich bin für den Vorschlag Vollmars. Damit wollen wir nicht erst anfangen, uns über das große Preußen zu beschweren, sonst müßte auch ich im Namen des Großherzogs von Hessen (Heiterkeit) dagegen protestieren, daß wir zu klein gemacht werden. Die Hauptsache ist, daß wir eine aktionsfähige Kommission schaffen. (Sehr richtig.)

**Hoffmann-Mielefeld:** Ich bin überzeugt, daß die Generaldiskussion abgelehnt wird. Auch wenn der Parteitag Zeit hätte, würde sie nicht ersprießlich werden können, das muß der Presse überlassen werden. Was die Zusammensetzung anlangt, so ist mir der Vorschlag Stadthagens, nur 15 Mitglieder zu wählen, am sympathischsten. Es kam sich dann kein Kreis über Nichtberücksichtigung beschweren.

Ein **Schlussantrag Leber-Jena** wird angenommen. In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Bader auf Vornahme einer Generaldiskussion abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der Antrag Stadthagens, 15 Mitglieder anzunehmen und die Wahl den Organisationen der Landesteile zu überlassen, und ein Antrag, noch Bayern und Oldenburg je einen Sitz zu gewähren. Der Antrag Gerisch, Antrag 139, wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Damit sind alle Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, der Kommission überwiesen. Der vierte Punkt der Tagesordnung ist erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung „Maifeier“.

Vor den hierzu vorliegenden Anträgen 49 bis 59 werden die Anträge 55, 57, 58, 59 und Resolution 150 nicht unterstützt.

Das Wort erhält der Berichterstatter:

**Richard Fischer:** Parteigenossen und Parteigenossen! Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Parteitages mich darauf beschränke, die Hauptgeschäftspunkte, die in diesem Jahre in Frage kommen, hervorzuheben, dagegen auf die einzelnen Anträge nicht eingehen. Die Entscheidung der Frage ist ja eigentlich schon gegeben, der internationale Kongress hat die Frage entschieden, der Beschluss in Amsterdam ist gefaßt worden nicht bloß unter Mitwirkung, sondern sogar auf Anregung der deutschen Delegation; wir Deutsche haben Stellung genommen gegen jede Verschärfung, aber auch gegen jede Abschwächung der Resolution, und deshalb halte ich es einfach für die Pflicht des Parteitages, sich auf den Boden des Amsterdamer Beschlusses zu stellen und ihn zur Ausführung zu bringen. (Sehr richtig!) Gewiß, wenn man Wortklauberei treiben will, kann man ja sagen: Der internationale Kongress in Amsterdam hat die früheren internationalen Kongressbeschlüsse verschärft, insofern, als jetzt von einer Pflicht der proletarischen Organisationen gesprochen wird, die Arbeitsruhe anzutreiben, während bisher die internationalen Kongresse wenn wir von dem Uebersetzungsfest der Resolution von Zürich absehen, sich darauf beschränkt haben, an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen

das Ersuchen zu stellen, die Arbeitsruhe anzustreben. Aber, ich meine, das heißt man Haarspalterei treiben. Der Gedanke ist der gleiche geblieben, der bisher auf allen internationalen Kongressen ausgesprochen ist, und wenn ein internationaler Kongreß den Beschluß faßt, die Arbeitsruhe zu erstreben, so ist es selbstverständlich Pflicht jeder Organisation und jedes einzelnen, alles das zu tun, was die Erfüllung dieser Forderung beschleunigt. Auch insofern, glaube ich, kann von einer Verschärfung schon nicht die Rede sein, als in dem Beschluß selbst schon die Grenzen dieser Pflichterfüllung gezogen sind; es ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeitsruhe nur da durchzuführen ist, wo keine Schädigung der Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Wenn also der Beschluß von Amsterdam loyal ausgefaßt wird, dann können alle die Bedenken und Einwände fallen, die innerhalb der Partei-Organisationen und namentlich von gewerkschaftlicher Seite in dem letzten Jahre gegen die jetzige Form der Marseiler erhoben sind. Da möchte ich gleich dem Grundeintwände begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr, daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend, alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Marseiler, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen, auf alle internationalen Kongresse haben die heutigen Gewerkschaften eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nur bin ich der letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Marseiler ist historisch und gerade durch das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldkosten bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle gespielt? (Sehr wahr!) Wie würden wir uns dazu stellen, wenn z. B. bei einer Frage wie der Aussperrung der Crimmitschauer Textilarbeiter die politischen Organisationen herkommen und sagen wollten, das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die Frage berührt die Partei in erster Linie nicht. Da wären wir alle einig, daß das geradezu ein Verrat, ein Verraten an der Arbeiterbewegung wäre. (Sehr wahr!) Nein, alle solche Konflikte sind Fragen der Arbeiterklasse, und alles, was auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist solidarisch. Und als die Zukunftsvorlage auf der Bildfläche erschien, eine Vorlage, die in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet war, eine Vorlage, die den Zweck hatte, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Wege des Streiks ihre Lage zu bessern, da war es selbstverständlich, daß die Partei sich sagte: Das ist ein Akt auf die Arbeiterklasse, wir haben die Führung in diesem Kampf zu übernehmen und keinerlei Unterscheidung zu treffen darüber, welche Interessen dabei

in erster Linie berührt werden, die des politischen oder die des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassen-demonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerkäuflichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kampf des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppelschloß der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. (Beifall.) Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Marseiler ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unseren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. (Sehr wahr!) Und wenn dann immer die sogenannten guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften hausväterisch zu Werke gehen und ihre Kassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung in zwei Flügel zu trennen (Sehr richtig!), dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse kapitulieren kann. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß dieses sozialdemokratische Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandslos erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Klassenbewußtseins erfüllen, so daß die öffentliche Behauptung desselben den Massen zu einem Herzensbedürfnis, unseren Gegnern zu einem drohenden Menetekel wird. (Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, nehmen Sie unsere alte Marseiler-Resolution auch diesmal an! Sie ist in würdiger Form die treue und ehrliebe Erfüllung eines internationalen Beschlusses, an dem wir mitgewirkt haben, sie gewährt den gewerkschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, nach ihrem eignen Entschluß im Rahmen ihrer eignen Organisation und nach Maßgabe ihrer organisatorisch zusammengefaßten Kräfte ihre Klassenpflicht als Arbeiter zu erfüllen. (Beifall.) Die Resolution lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andern Grundgebungen

für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unserer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Burgund-Breslau: Daß die Maifeier eine Massendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlitz sind es noch weniger; im ober-schlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendveranstaltungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 64 anzunehmen.

Sachsen-Limburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Massendemonstration des Proletariats am ersten Mai besetigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schmälerung des gewerkschaftlichen Gelbsocks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet; da sollte es auch den Wert haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendveranstaltungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum ersten Male am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier besetigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschreiben, weil sie die Kosten der Massendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Abstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinheber-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr hereditäre Vertreterin finden. (Wissend:) Sie fürchten sich wohl schon! (Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihrer Mühseligkeit erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen, wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in anderen Ländern. Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefühl.

Aber es müßte doch wenigstens Klipp und Klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 800 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz besetigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegesforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zählt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Niegel vorgehoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit errungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussage ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit.“ Man braucht wirklich nicht auf den großen Gelbsock der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Vorsehung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Massenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Hitz: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn eine tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Außenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angesehen werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Mieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Grimmitzschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nächste

Kalkül sollte hier nicht maßgebend sein. Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Groschen, der aus der Gewerkschaftskasse ausgegeben wird, nur verwandt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steck, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Vosodonsky gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagogen gewesen? Ich denke doch nicht. (Sehr richtig!) Und so sollten wir fragen, nicht: was kostet uns die Maifeier? sondern: welche Vorteile bringt uns die Maifeier in dieser Richtung?! Wenn jetzt an eine gezielte Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wem verdanken wir diesen Erfolg, wenn nicht dem Umstande, daß durch die Maifeier der Gedanke des Achtstundentags dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Maifeier ergiebt zur Solidarität, sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erkannt ist. Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. (Sehr gut!) Er muß sich fragen, wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Maidemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt. Und noch eins kommt hinzu: Wenn am ersten Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empfinden sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empfindung wird sich umsetzen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf die Nichttheilnahme der Feier durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe zugenommen. In Hamburg wurde zuerst die Maifeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschloffen war, beteiligten sich 5000 am Zuge; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 80 000 gestiegen. (Hört! hört!) Unterschätzen wir nicht die Wirkung der Massenjugend. Gerade die Indifferenten und Launen werden durch die Maifeier mit fortgerissen. (Bravo!)

**Zusatz:** Man kann zufrieden sein, daß der Antrag, die Maifeier auf den Sonntag zu verlegen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Ein solcher Beschluß wäre ein schlimmer Rückschritt für die Partei und die Gewerkschaften. Auf jeden Fall steht fest, daß die Beteiligung an der Maifeier von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Wenn heute seitens größerer Gewerkschaften ernsthaft versucht werden sollte, an der jetzigen Form der Maifeier zu ändern, so würden sie sehr bald erfahren, daß ihre Mitglieber anderer Ansicht sind. Gewiß fordert die Maifeier Opfer, aber die erfordert jeder Kampf. Schlimm genug ist es, daß heute schon manche Verbände, z. B. die Buchbinder, auf ihren Generalversammlungen sich über die Einführung einer Streikunterstützung unterhalten. Dadurch wird das Proletariat gewiß nicht zum Massenbewußtsein erzogen. (Sehr wahr!) Gerade der 1. Mai aber ist geeignet, das Massenbewußtsein unter den Arbeitern zu erwecken. Daß die Beteiligung an der Maifeier zurückgeht, ist nicht wahr, in Berlin und Umgegend haben wir Fortschritte aufzuweisen. Die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai hat gar keinen Zweck. Wir Deutsche sollten uns freuen, daß wir andern Ländern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ich bitte Sie, die Resolution früher anzunehmen, zum Beweis dafür, daß wir keinen Rückschritt wollen. Ein solcher Rückschritt würde sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Bewegung äußerst verhäng-

nissvoll sein. Ich hoffe, daß die Resolution früher einstimmige Annahme findet. (Beifall.)

**Miem-Dresden** spricht nur für seine Person. Meine Erfahrungen bringen mich zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist. Das ganze Bestreben der Gewerkschaften geht jetzt dahin — und das ist gut — möglichst ohne Kampf mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Daraus folgt ganz von selbst, daß die Gewerkschaften gar nicht geneigt sind, für die Maifeier große Opfer zu bringen. Das ist nun mal und daran können Sie nichts ändern. Denn die großen Fortschritte der Gewerkschaften beruhen darauf, daß sie diese Taktik eingeschlagen haben. Man verkennt die Arbeiter, wenn man meint, die Arbeiter wollten die Maifeier um jeden Preis. Stellt man sich auf den Boden der nackten Tatsachen, so muß man sich sagen: Es ist leicht, die Arbeiter zu begeistern, aber die Maifeier ist nicht durchzuführen und deshalb verzichten wir auf sie. Es ist kein Zurückweichen, wenn man die Konsequenzen aus den Tatsachen zieht. Ich bin für den Antrag, die Feier auf den Abend des 1. Mai zu legen.

**Matosch- Chemnitz:** Die Arbeiter betrachten den 1. Mai als Feiertag, auch wenn sie die Arbeit nicht ruhen lassen, und wenn sie den 1. Mai am Tage nicht feiern können, so tun sie es abends. Wir müssen dahin wirken, daß die Gewerkschaften immer stärker werden, dann werden wir auch eher imstande sein, die Maifeier durchzuführen. Unverständlich würde es den Arbeitern sein, wenn die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt würde. Lassen Sie sich dazu nicht verleiten; darüber würden nur die Gegner triumphieren.

**Wolf-Bochum:** Ich weiß, es ist dankbarer, in dieser Frage mit dem Strom zu schwimmen; ich weiß, daß die Beschlüsse der Resolution früher hier einen besseren Resonanzboden finden, aber wir dürfen bei einer so wichtigen Frage nicht so leicht über die Tatsachen hinweggehen. Ich will hier nicht näher auf die Geschichte der Maifeier eingehen. Der Pariser Beschluß von 1889 entstand spontan; er war einer starken Begeisterung entsprungen. Dann kamen die Schwierigkeiten und Zweifel über die Form der Feier, über die Frage, ob sie durch Arbeitsruhe begangen werden solle, und Schippel war es, der die Feier in diesem Sinne propagierte, eine großartige Agitation für die Feier durch Arbeitsruhe in der „Berliner Volkstribüne“ entfaltete. Er sagte: 1½ Millionen Stimmen und 2 Millionen Maifeiernde! Da kam die Fraktion und legte durch eine Proklamation der Schippelschen Agitation eine Bremse an. Ich weiß, die Fraktion hatte ihre Gründe dafür, aber die Bremse hat meines Erachtens für alle Zeit erlahmend gewirkt. Wir haben jetzt lange Jahre mit aller Kraft für die Maifeier gewirkt und uns Beteiligungszahlen eingerebet, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Jetzt müssen wir uns sagen, daß wir mit der Maifeier nicht das erreicht haben, was wir hofften. Die Resolution stellt es in das subjektive Ermessen des einzelnen, ob er feiern soll oder nicht. Das ist eben ein unerträglicher Zustand. Damit kommen wir nicht weiter. Wo find denn die Erfolge unserer Agitation für die Maifeier? Wo haben wir denn eine wirklich respektable Beteiligung erzielt?

Es ist gesagt worden, die Gewerkschaften hätten doch bisher nur ganz geringe Ausgaben aus Anlaß der Maifeier gehabt. Viel größere seien gemacht worden für Streiks oder Aussperrungen, wo der Kampfspreis ein ganz geringer. Es ist doch aber ein großer Unterschied, ob eine Gewerkschaft in die Zwangslage verlegt wird, einen Angriff abzumehren oder einen Angriff wagt, wenn sie sich stark genug dazu fühlt. In beiden Fällen ist es ihre Pflicht, den Kampf bis zum äußersten zu führen. Wenn die Unterstützungen aus Anlaß der Maifeier bisher geringere waren, so doch nur deshalb, weil es die Gewerkschaften eben bisher nicht haben auf eine Waghprobe ankommen lassen. Mit dem Augenblick,

wo diese von ihren Mitgliedern die Arbeitsruhe fordern, haben sie auch die Folgen zu tragen.

Der jetzige Zustand ist einfach unerträglich. Man sagt, die Resolution verlange ja die Arbeitsruhe nicht absolut. Gegen eine derartige Parole haben sich ja auch die deutschen Delegierten immer auf den internationalen Kongressen gestraut, sogar die Auserlegung einer Pflicht für den einzelnen in diesem Sinne ist in Amsterdam bekämpft worden. Wenn aber Worte einen Sinn haben sollen, dann bedeutet die dort angenommene Resolution doch eine Pflicht. Das hat auch Fischer hier ausgeführt.

Kein Zweifel, der bisherige Erfolg der Mäifeier stellt niemand zufrieden. Aller Enthusiasmus kann uns nicht über diese Tatsache hinwegtäuschen. Wollen wir demonstrieren, so können wir das nur durch Massenbeteiligung. Und das ist nur am Sonntag zu erreichen. Wir sind stark genug, um auch einmal einen verfehlten Weg nicht weiter zu verfolgen.

**Bümelburg:** Alle Anträge, die darauf hinauslaufen, die Mäifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai oder auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, sind für den heutigen Parteitag ohne weiteres unannehmbar, und auch für die nächsten Parteitage so lange, bis der internationale Kongress etwas anderes beschließt. (Sehr richtig!) Die Kongressbeschlüsse müssen wir nun einmal hoch halten, sonst dürfen wir uns an internationalen Kongressen nicht beteiligen. Die Resolution Fischer entspricht dem Amsterdamer Kongressbeschluss und deshalb müssen wir ihr zustimmen. Mein Vordredner hätte sich seine Ausführungen bis zu dem Parteitag ersparen können, der dem nächsten internationalen Kongress vorangeht. Man sagt, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress würde die Frage erörtert werden. Ob die Generalkommission diese Absicht hat, weiß ich nicht, ich nehme es aber an. Wenn es möglich wäre, die Erörterung der Frage seitens der Gewerkschaften zu verschieben bis kurz vor den nächsten internationalen Kongress, so wäre mir das allerdings lieber, es wird aber kaum möglich sein, da der Gewerkschaftskongress nur alle drei Jahre zusammentritt. Das kann keineswegs mehr bestritten werden, daß die Meinungen über die Bedeutung der Mäifeier sehr weit auseinander gehen. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzuführen. Ich habe in meinem Wahlkreis wiederholt der Mäifeier beigewohnt, und was habe ich gesehen? Die Zahl derjenigen, die sich an der Arbeitsruhe beteiligten, war nur sehr klein. Es waren in der Hauptsache nur Bauhandwerker und Personen, die sich in einigermaßen unabhängiger Stellung befanden. Aber Fabrikarbeiter und Bergarbeiter waren fast gar nicht beteiligt, und die Bergarbeiter, die sich beteiligten, hatten Nachtschlaf gehabt, kühlten dann am Tage ihren Schlaf ein und gingen abends wieder zur Arbeit. Hier und da war auch vielleicht einer darunter, der sich krank gemeldet hatte. Von den Fabrikarbeitern war niemand beteiligt und es steht fest, daß auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, daß die Arbeiter dort am 1. Mai feiern können. Selbst vorausgesetzt, daß der Metallarbeiter- und Bergarbeiterverband in absehbarer Zeit fast die gesamten Arbeiter ihres Berufes in sich zusammenschließen, so ist noch lauge nicht gesagt, daß diese Organisationen dann instande wären, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. (Sehr richtig!) Einer der Vordredner sagte, die Gewerkschaften würden die Mäifeier durchführen können, wenn sie Geld dafür ausgeben wollten. Wenn Ausperrungen infolge der Arbeitsruhe erfolgten, sollten die Gewerkschaften das benutzen, um ihre Forderungen zu stellen und den Lohnkampf sofort stattfinden zu lassen, den sie sonst vielleicht im Juli durchgeführt hätten. Wenn die Gewerkschaften so handeln wollten, würden sie in Grund und Boden ruiniert werden. Der Genosse Habicht sollte doch wissen, daß man Lohnkämpfe nicht zu beliebiger Zeit,

sondern nur dann beginnen kann, wenn die Verhältnisse so günstig liegen, daß Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Und so liegt es auch in unsern Großindustrien. Wer wollte es wagen, zu sagen, daß die Leiter des Bergarbeiterverbandes verpflichtet wären, für die Mäifeier einzutreten, trotzdem schließlich eine große Ausperrung der Arbeiter erfolgen würde. Ich bin fest überzeugt, daß wenn durch ein solches Vorgehen der Gewerkschaftsführer Tausende, unter Umständen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht würden und es sich später herausstellen würde, daß der mit dem Unternehmertum ausgenommene Kampf nicht siegreich durchgeführt werden kann, ja daß es gar nicht möglich wäre, für die Kämpfenden die Mittel aufzubringen, daß Sie dann alle, die heute sagen, die Gewerkschaften sollen ihre Kassen leeren für die Mäifeier, diesen Gewerkschaftsführern vorwerfen würden, daß ihre Taktik sich als eine sehr schlechte erwiesen habe, daß sie diesen Schritt nicht hätten tun sollen. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich muß Ihnen offen sagen, selbst der Verband, dem ich angehöre und dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, hat vor einigen Jahren auf seinem Verbandstage den Beschluß gefaßt, aus der Verbandskasse Mittel zur Unterstützung derjenigen, die infolge der Mäifeier gemasperrt werden, nicht zur Verfügung zu stellen. Und wir befinden uns in der Lage — ich mache gar kein Geheimnis daraus — im nächsten Jahre diesen Beschluß erneuern zu müssen. So wie es bei uns liegt, so liegt es auch bei andern Gewerkschaften. Was glauben Sie wohl, wenn wir herkommen würden und einen Artikel im „Grundstein“ schrieben: Die Verbandskasse stellt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung und nun mal los — ich kann Ihnen versichern, die Zahl der mäifeiernden Maurer — die sich ja heute schon in einigen Orten fast einmütig an der Arbeitsruhe beteiligen — würde mindestens um 50 000 steigen. Aber weder wir noch irgend eine andre Organisation kann so große Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Würden wir diesen Weg betreten, so wäre es leicht möglich, daß das Unternehmertum darin eine Handhabe finden würde, um schließlich die Organisationen bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wir sind also vom taktischen Standpunkte aus gar nicht in der Lage, die Sache offen propagieren zu können. Daher werden wir auch von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai leider für absehbare Zeit nicht reden können. Es werden schon heute von meiner Organisation von den örtlichen Vereinen ziemlich erhebliche Summen aufgebracht. Zubeil sprach von Berlin. Gewiß, Berlin ist eine große Stadt, es hat auch in Deutschland eine große Bedeutung und die Berliner Maurer feiern den 1. Mai fast einmütig. Aber, Genosse Zubeil, wollten Sie einmal den Berliner Maurern sagen: Ihr feiert den 1. Mai, aber Ihr verzichtet auf drei, vier Tage Unterstützung. Da sollten Sie mal Eigenartiges erleben. (Sehr richtig!) Die Berliner Maurer verlangen, wenn sie ausgesperrt werden — für den 1. Mai nehmen sie ja nichts bezahlt — Unterstützung; würde die wegfallen, so würde die Begeisterung für den 1. Mai erheblich abkühlen. In einem Ort wurde von unsrer Organisation vor Jahren der Beschluß gefaßt: Am 1. Mai wird gefeiert, und wer das nicht tut, wird einfach ausgeschlossen. Wir haben da erlebt — von der Zentrale konnten keine Mittel zur Verfügung gestellt werden — daß der Ortsverein, um die Unterstützung zahlen zu können, sich Geld borgen mußte. Am nächsten 1. Mai, der auf einen Sonntag fiel, war das Geld noch nicht zurückgezahlt. Es ist kein Zweifel, daß wie die Dinge liegen, die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist; ohne daß die Organisationen großen Schaden leiden. Man sollte sich also hüten, hier den Gewerkschaften Vorwürfe zu machen. Diese haben getan, was möglich war. So lange wir die Arbeitsruhe anschieben, werden wir auch darunter zu leiden haben, daß wir nicht alles tun können, um sie zu einer allgemeinen zu machen.

**Leber-Jena:** Ich gehöre zu denen, die in der Gewerkschaftsbewegung voll ihre Schuldigkeit getan haben und für das Unterstützungsweesen eintreten.

aber für den Standpunkt verschiedener Gewerkschaftsführer in der Mailfrage kann ich nicht sein. Ich habe schon früher Weinheber gegenüber meinen Standpunkt vertreten, daß man die Wirkung der Mailfeier nicht nach Heller und Pfennig berechnen dürfe, sondern daß das ideale Moment in den Vordergrund geschoben werden müsse. Gewiß hat Bömelsburg Tatsachen angeführt, die einer näheren Prüfung bedürfen, aber deswegen kann man doch die Resolution annehmen. Wenn die Beteiligung an der Mailfeier keine so große ist, so liegt das auch an der Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer. In Jena hat die Firma Zeiß ihren Arbeitern den 1. Mai von mittags an freigegeben unter Bezahlung des ganzen Tages. (Hört! hört!) Die Folge war, daß sehr viele Arbeiter meinten, es genüge, wenn man den 1. Mai von Mittags an feierte. Solche Erscheinungen hängen mit der Erziehung in den Gewerkschaften zusammen. Man sollte den Arbeitern nicht das Klassenbewußtsein nehmen. (Bravo!)

Kühls-Dreslau: Daß wir die Resolution Fischer nicht einstimmig annehmen können, beweisen die Ausführungen Bömelsburgs, der eine glänzende Rede gegen sie gehalten hat, obwohl er für sie sprach. Wir dürfen doch Resolutionen nicht bloß deshalb annehmen, weil ein internationaler Kongreß das mal beschloffen hat. Die Tatsachen lehren das Gegenteil von dem, was Zubeil behauptet hat. In den Grubenbezirken Schlesiens ist die Beteiligung an der Mailfeier eine ganz verschwindend geringe. Die Mailfeier soll doch eine imposante einheitliche Aktion sein, in der Lat aber wird nur in einigen größeren Orten gefeiert, im ganzen übrigen Reich ist die Beteiligung eine verschwindend geringe, so daß sie den berechtigten Spott unserer Gegner herausfordert. Ich möchte befürworten, daß wir trotz aller Kongreßbeschlüsse die Arbeitsruhe am 1. Mai aufheben. (Lebhafter Widerspruch.) Den Abend könnten wir zur Feier beibehalten, weil das in andren Ländern auch so geübt wird. Dadurch, daß wir fortgesetzt von großen Demonstrationen in den Zeitungen reden, während doch nur wenige teilnehmen, machen wir uns lächerlich. Wir tun darum besser, wir sparen das Geld. (Lachen.) Wenn Sie auch darüber lachen, Tatsache ist es doch und Sie selbst müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Arbeitsruhe ganz zu erreichen. (Zuruf: Wird ja auch nicht verlangt!) Wir können besser agitieren, wenn wir abends Versammlungen veranstalten. Aber die Arbeitsruhe sollte man ganz aus dem Spiele lassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, nachdem Dehling dagegen gesprochen hat, da bisher fast nur Gewerkschaftsführer zum Worte gekommen seien.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer: Ich glaube, in meinen Ausführungen betont zu haben, daß es selbstverständlich Aufgabe und Recht der Gewerkschaften sei, über die Arbeitsruhe in ihrem Beruf nach ihren eignen Interessen zu entscheiden. Die ganze Debatte richtet sich gegen die vollständige Arbeitsruhe, die in unsrer Resolution gar nicht gewünscht und verlangt wird. Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, in welchen Fällen sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will. Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat in der Form gegen die Arbeitsruhe argumentieren kann, wie Kühls es getan hat. (Sehr richtig!) Weil die Beteiligung schwach ist, deshalb sollen wir unsre Bestrebungen aufgeben, weil die Gegner über die Schwäche der Bewegung spotten, weil in Schlesiens die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftliche, noch nicht entwicelt ist, deshalb sollen wir in ganz Deutschland keinen Kampf mehr für die Arbeitsruhe führen? (Sehr gut!) Wie lange ist es denn her, daß man in Deutschland noch ausgelacht wurde, wenn man mit dem sozialdemokratischen Programm kam, daß man die Sozialdemo-

kraten als eine Sorte minderwertiger Menschen, als Gefindel und bergleichen bezeichnete? Hat uns das gehindert, unsre Propaganda weiter zu betreiben? Volk-Wochun hat gemeint, eigentlich sei die Faktion daran schuld, daß wir auf ein totes Geleise geraten sind; hätte sie 1890 unmittelbar unter dem Eindruck der Pariser Resolution nicht den bekannten Aufruf erlassen, dann wären wir jetzt nicht auf diesem Wege, dann hätte sich die Arbeitsruhe verwirklicht. (Sehr wahr!) Ich will darauf nicht zurückkommen, aber die Faktion hatte damals dasselbe Recht für sich beansprucht, was jetzt die Gewerkschaften beanspruchen; ihr lag damals die ganze Verantwortung ob, und unter dem Eindruck dieser Verantwortung hat sie gehandelt, und zwar im Interesse der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Unter diesem Gefühl der Verantwortung stehen auch heute die Gewerkschaften, und das respektieren wir. Bömelsburg hat gewiß loyal den Standpunkt der Partei mit dem der Gewerkschaftsführer zu vereinigen gesucht. Er glaubt nun, daß es in absehbarer Zeit für die Bergarbeiter unmöglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ich kann das nicht unterschreiben, schreibe mir aber heute auch nicht das Recht zu, das Gegenteil zu behaupten. Wenn aber einmal die Bergarbeiter, die jetzt seit Jahrzehnten politisch und gewerkschaftlich niedergedrückt sind, zur Kraft und zum Bewußtsein der Macht ihrer Organisation kommen und dann eine günstigere wirtschaftliche Lage ihnen zu gute kommt, warum sollte es dann bei einem solchen elementaren Erwachen einer so großen und wirtschaftlich so bedeutungsvollen Arbeiterschicht nicht möglich werden, neben andren Forderungen auch die der Arbeitsruhe durchzusetzen?

Vor dem Standpunkt, den zum Beispiel Niehm einnimmt, muß die Partei gewarnt werden. Er hat zweifellos die Meinung einer Richtung ausgesprochen, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Alles, was auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, muß aber gegen diesen Standpunkt Front machen. (Sehr richtig!) Das soll das heißen, wenn Niehm es als allgemeine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung hinstellt, Tarifverträge abzuschließen, um Kämpfe zu vermeiden; Tarifverträge sollten geordnete Verhältnisse schaffen, damit die andren Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit gefördert werden könnten. Ich bin gewiß immer für die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten und dafür, daß die Gewerkschaften, um sich für ihre eigentlichen Aufgaben zu stärken, ihre Tätigkeit immer weiter spinnen, damit sie ihren Mitgliedern immer mehr bieten können, aber die Hauptaufgabe dürfen für Gewerkschaften nicht die Unterstellungen sein (Sehr richtig!), sondern die Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes muß die soziale, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sein. (Bravo!) Alles andre kann wohl das Hindernis sein, auf das sich die Gewerkschaften stützen; Niehm aber stellt gerade das Gegenteil als Aufgabe der Gewerkschaften hin: das Aufgeben des Kampfes für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter — das heißt Hinüberwischen auf die Bahn der englischen Trades-Unions, die Aufgabe des Klassenstandpunktes, die Aufgabe des Arbeiterstandpunktes als solchen und Befürwortung von Interessen, die in erster Linie Zunftinteressen sind. (Sehr richtig!) Wir Metallarbeiter, wir Bildhauer, wir Lithographen stellen für uns die und die Forderungen auf und wollen sie durchsetzen ohne Rücksicht auf die allgemeine Arbeiterbewegung, wir haben nur noch Standes-, nur noch Berufsinteressen zu vertreten, keine allgemeinen Arbeiterinteressen. Ja, werde Genossen, wie lange wird es dauern, dann wird dieselbe Parole für den eignen Beruf, für den Zunftstandpunkt übertragen auf das politische Gebiet. Wir haben in der Politik die und die Augenblicksforderungen, wir unterliegen all die Kandidaten, die für diese Augenblicksforderungen eintreten, aber der allge-

meine Klassenstandpunkt, der die allgemeinen Arbeiterinteressen als das einzig maßgebende betrachtet, den haben wir nicht, mit dem erreichen wir nichts, das sind Dinge, die in absehbarer Zeit doch nicht durchzuführen sind, was sollen wir dafür unsere Kräfte vergeuden, treten wir lieber ein für den Zehnstundentag, für Tarifverträge, für die gesetzliche Festlegung der Berufsvereine in bestimmten Normen als für den Achtstundentag, da er für einzelne, z. B. landwirtschaftliche Arbeiter doch in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Das ist die große Gefahr, die sich aus den Konsequenzen dieses Standpunktes ergibt. (Sehr richtig!) Alle Gewerkschaften und Parteigenossen haben das größte Interesse daran, diesen Standpunkt nicht aufkommen zu lassen, das liegt nicht im Partei-Interesse, sondern im Interesse der Gewerkschaften selber. (Sehr richtig!) Nun glaube ich nicht, daß dieser Standpunkt heute schon der Standpunkt der Gewerkschaften ist. Einzelne Gewerkschaftsbeamte vielleicht in kleineren Organisationen, auch einzelne Führer mögen diese Auffassung vertreten; aber ich glaube, daß dieser Standpunkt des Ausgleichs der Arbeiter mit den Unternehmer-Interessen, diese wohlbehagliche Forderung aller sogenannten Arbeiterfreunde, in der deutschen Arbeiterbewegung kein Echo finden wird. Das glaube ich heute schon prophezeien zu können. Und um so mehr, als ja unsere Regierung und ihre Polizei alles tut, durch ihre systematische Bekämpfung jeder Arbeiterforderung an die Unternehmer-Klasse den Arbeitern selber den Klassenstandpunkt eingupauken. Gewiß machen sich derartige Strömungen mehr und mehr bemerkbar, aber sie treten nicht hervor, wahrscheinlich weil sie sich sagen: je weniger wir von uns reden machen, je weniger wir mit diesem Standpunkt in den Vordergrund treten, desto leichter werden wir die Gewerkschaften allmählich an diese Einschüferungsstatik gewöhnen (Sehr richtig!) und wir werden dann auf unsern eignen Kongressen eines Tages Stellung gegen die Partei nehmen und das beste Operationsfeld wird für uns die Maffei sein. Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie auf ihrem Kongresse mehr als je heute ihren prinzipiellen Standpunkt bekunden. Man darf nicht internationale Kongreßbeschlüsse in der Weise auslegen wie es Klübs tat, daß man sagt: in Deutschland ist ohne Schädigung der Arbeiterinteressen der Pariser Beschluß nicht durchführbar, also brauchen wir ihn nicht durchzuführen. Das heißt dem Pariser Beschluß Gewalt antun, das ist nicht vereinbar mit der Würde, der Ehrlichkeit, dem Treu und Glauben, mit denen wir untern Brüdern wie untern Feinden gegenüber handeln müssen. Der Pariser Beschluß besagt: Die Maffei ist als Demonstration für den Achtstundentag beschlossen und es ist eure Pflicht, die Arbeitseuse durchzuführen, wo es Euch möglich ist. Niemand wird doch behaupten wollen, daß nirgendwo in Deutschland die Möglichkeit vorhanden sein soll, für diesen Beschluß einzutreten. Das wird niemand sagen können, der noch Kongreßbeschlüsse loyal ausführen will. Wir wollen das und deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie für die Resolution, die bereits in München als Meinungsäußerung der Partei festgelegt ist! (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Weinheber-Hamburg:** Der Genossin Zieg möchte ich bemerken, der Streik der Rieter wurde nur als Vorwand genommen zur Aussperrung der Metallarbeiter, um die Lieferungsverträge hinauszuhalten mit Rücksicht auf die teuren Eisenpreise.

**Gabicht-Umburg:** Es ist mir nicht eingefallen, Forderungen am 1. Mai vertreten zu wollen, die erst im Dezember erfüllbar sind.

**Hiem-Dresden:** Die Konsequenzen, die Fischer aus meinen Ausführungen zog, waren nicht daraus zu ziehen. Wenn ich sagte, die Gewerkschaften erstrebten Tarifgemeinschaften, um sich Kämpfe zu ersparen, so ist damit noch nicht gesagt, daß ich den Standpunkt der Trades-Unions

propagiere. Das Streben nach Tarifverträgen ist bei vielen Gewerkschaften vorhanden. (Rufe: Persönlich!) Würden diese unbedingt den 1. Mai feiern, so wäre das unter Umständen für Arbeiter, die Tarifverträge haben, ein Kontraktbruch.

Die Resolution Fischer (151) wird mit großer Mehrheit angenommen, die übrigen Anträge zur Maffei sind damit erledigt.

Vorsitzender Dick teilt mit, daß der, von 84 Delegierten unterschriebene Antrag 140 (in Sachen „Leipziger Volkszeitung“) eingelaufen ist.

Zu einer Erklärung erhält hierauf das Wort

**Hug-Bant:** Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß in der Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ das gemacht worden ist, was Bebel vorgestern aufs entschiedenste verurteilt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Bebel sagte, in der Hitze des Gefechts könne man einmal über die Schnur hauen, am Schreibtiisch aber könne man sich annehmen. (Sehr richtig.) In der „Leipziger Volkszeitung“ wird Südekum in der schlimmsten Weise verhöhnt, weil er in gewissem Grade Schippel in Schutz genommen hat. Das ist aufs entschiedenste zu verurteilen. (Lebhafter Beifall.) Durch diese Notiz wird also zugleich die Redefreiheit des Parteitag verhöhnt. Das darf sich die Partei nicht gefallen lassen. Wenn ein Genosse auf dem Parteitage nach bestem Wissen und Gewissen seine Ausführungen macht, und man verhöhnt ihn deswegen, so ist das eine Verhöhnung der Meinungs- und Redefreiheit, die man mit Entschiedenheit zurückweisen muß, und ich glaube, der Parteitag schließt sich mir darin an. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob es geschäftsordnungsmäßig möglich sein wird, den eben-erlesenen Antrag anzunehmen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen werden darin mit mir einverstanden sein, daß wir erwarten, daß die Leipziger Genossen Dr. Südekum Genugtuung verschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dick: Wir können über den Antrag jetzt sofort nur dann verhandeln, wenn der Parteitag es ausdrücklich beschließt.

**Franckh:** Das geht nicht, das wird jetzt in die Tagesordnung diesen Antrag einziehen. (Zuruf: Preßkommission!) Selbstverständlich hat der Parteitag

\*) Diese Notiz in Nr. 222 lautet: „Bürger Albert Südekum, Volksvertreter und Ritter hoher Prinzessinnen, scheint sich auf Grund seiner neuesten Hebelaten bereits als angehenden Oberhofmarschall des Zukunftsstaates zu fühlen. Auf dem Parteitag geberdete er sich als kundiger Zeremonienmeister der Paraisiten und des „guten Tones“ und machte eine kleine Anleihe an die bon mots von Dresden. Er merckte etwas über — äh, äh — „psychologische Kästel“, deren wir — äh, äh — „noch mehrere in der Partei haben.“ „Wahnt, was? Fabelhaft patent! Weinache Serenissimus! „Psychologische Kästel“ sind ja nur in plebejischen Regionen zu finden, wo die Bonnen des Lastteils und Kravattenports aufhören und man sich nicht immer strebend betäubt, sich von einer Märchensee erlösen zu lassen, um nachher selbst als moderner Dornröschenprinz politisch zu debülieren; wo man auch mit largem Plunder nicht zu wuchern versteht und wo den Weltmann alles räffelhaft, unheimlich, unpsychologisch berührt. Erst in den höheren und höchsten Sphären der Menschheit fängt das psychologische Verständnis des Bürgers Südekum zu funktionieren an. Da drohen auf den verklärten Höhen der Gesellschaft ist alles durchsichtig hell, und um sein ganzes Wesen wird unaussprechlich klar.“ Klein Wunder, daß ihm auch Schippel immer unheimlicher wird. Der Mann ist offenbar „gebildet“, ein moderner Mensch und kein „Prolet“. Aber äußerlich sieht man ihm das gar nicht an. Er sieht aus, wie ein Auschnitt aus einem Modejournal von vor 40 Jahren, liebet sich wie ein Landsparren in schwarzem Gefrock und Papieren. Ein psychologisches Kästel! Es wird Zeit, daß die internationale Revolution der Kleidertragen, Gigerlwesten und Schnabelbüchse blutigrot am Horizont aufsteigt und Bürger Südekum Generalgarderobier des Zukunftsstaates wird. Sonst gibt ihm die Partei noch weitere „psychologische Kästel“ auf.“

das Recht, sich zu der Sache zu äußern. Wäre er nicht gerade zusammen, so hätte der Parteivorstand sich damit befaßt. Ich schlage vor, den Antrag bei Punkt 9 der Tagesordnung (Sonstiges) zur Verhandlung zu stellen.

**Buhl-Leipzig:** Ich glaube, die Sache wird am besten durch eine Erklärung der Leipziger Genossen erledigt. Die Leipziger Delegierten sind nicht in der Lage, zu beurteilen, aus welchen Gründen die Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ in der demängelten Form zu stande gekommen ist. Sie können daher zunächst die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ nicht beurteilen (lebhafter Widerspruch) und auch nicht verteidigen. Ueberlassen Sie deshalb die Sache den Leipziger Genossen zur definitiven Regelung. (Rufe: Nein, nein!)

**Richard Fischer-Berlin:** Ich glaube, daß das kein Vorschlag ist, der am Parteitag diskutiert wird; erhebt sich kein Widerspruch, so gilt er als angenommen, und die Sache ist erledigt. (Lebhafte Zustimmung.)

**Vorsitzender Dietz:** Sind Sie damit einverstanden, daß wir dem Antrage sofort zustimmen? (Stadtfragen und andre Delegierte widersprechen.) Dann verziehe ich die Verhandlung bis zu dem Punkte „Sonstige Anträge“. (Zustimmung.)

Zu einer Verächtigung erhält hierauf das Wort

**Lebedour:** Im Leitartikel des gestrigen „Vorwärts“ heißt es am Schluß, ich hätte ausdrücklich betont, daß Schippel durch das Amendement Freythaler nicht zur Niederlegung des Mandats aufgefordert werden solle. Ich habe das gerade Gegenteil erklärt, und es ist das auch sonst allseitig so verstanden worden. Ich habe mit den Berichterstattern gesprochen, ich habe das ersehen aus den sonstigen Artikeln in unsrer Parteipresse, die mir zu Gesicht gekommen sind. Ich lege Wert darauf, diese irrtümliche Auffassung des „Vorwärts“ jetzt zu berichtigen, weil der eigentliche Bericht, der vermutlich meine Rede korrekt wiedergibt, in der nämlichen Nummer des „Vorwärts“ nicht enthalten, sondern bis auf den folgenden Tag verschoben ist. Der Leitartikel muß zunächst alle Leser des „Vorwärts“ irreführen über die Bedeutung meines Schlußwortes. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederhole ich, daß ich in meinem Schlußworte das Amendement Freythaler angesichts der ganzen Diskussion und angesichts der Situation als eine in höfliche Worte gekleidete Aufforderung an Schippel aufgefaßt habe, sein Mandat niederzulegen.

**Redakteur des „Vorwärts“ Eisner:** Als Verfasser des „Vorwärts“-artikels habe ich das Bedürfnis, einige Worte zu sagen. Ich schide voraus, daß ich Lebedour bereits davon in Kenntnis gesetzt habe, daß ich sofort, nachdem er mir mitgeteilt hatte, daß ich sein Referat unrichtig aufgefaßt hätte, dem „Vorwärts“ eine Verächtigung eingesandt habe, die morgen veröffentlicht werden wird. Wenn Lebedour es gleichwohl für nötig gehalten hat, diesen meinen Irrtum auch noch öffentlich festzustellen, so bin ich genötigt, nun meinerseits zur Motivierung meines Irrtums einige Worte zu sagen. Als mir Lebedour heute vormittag mitteilte, ich hätte ihn mißverstanden, er hätte das Gegenteil von dem gesagt, was ich geschrieben habe, da war ich ganz erstaunt; denn in meiner Erinnerung hastete ganz die Auffassung, die ich in dem Artikel vertreten habe. Nun habe ich mich sofort unterrichtet, daß ich mich tatsächlich geirrt habe. Aber dieser Irrtum war aus sachlichen Gründen sehr begründet. Als ich in später Abendstunde schnell mein Telegramm niederschrieb und aus der Erinnerung die Debatten zusammenfaßte, kam mir unwillkürlich eine Fassung der Ansicht des Referenten in die Feder, die seinem Referat entsprochen hätte. Das Amendement Freythaler stand ja im Gegensatz zu dem Antrag Kagenstein, der die sofortige Mandatsniederlegung von Schippel verlangte. Im Gegensatz hierzu sprach das Amendement Freythaler aus,

daß das nicht die Absicht der Genossen sei (Sehr richtig!), sondern daß vielmehr dann, wenn Schippel, ich meine nicht sein sachliches, aber sein zweideutiges Verhalten fortsetzt, die Situation für die Niederlegung seines Mandats gegeben sei. (Zuruf Stadthagens: Das ist auch die Auffassung der Berliner Delegierten! — Sehr richtig! bei den Berlinern.) Nach dem Wortlaut und dem Wriprung des Amendements Freythaler ist eine andre Auslegung ganz ausgeschlossen. Nun habe ich das Verbrechen begangen, dem Referenten unterzuschreiben, daß er das Amendement lokal ausgelegt hat. Ich habe mich darin geirrt, aber ich glaube Verzeihung für meinen Irrtum beanspruchen zu dürfen.

**Lebedour:** Ich habe ausdrücklich begründet, weshalb ich meine Erklärung hier abgab. Es genügt mir nicht, daß Eisner eine Verächtigung an den „Vorwärts“ geschickt hat, denn mittlerweile geht die Behauptung unwidersprochen in die Welt hinaus. Deshalb habe ich die Gelegenheit benützt, wozu ich ebenso wie andre Mitglieder des Parteitages ein volles Recht habe, eine Richtigstellung zu veranlassen. Eisner, der zugibt, sich geirrt zu haben, hält es trotzdem für notwendig, wieder in eine Diskussion über den Fall Schippel einzutreten, wozu er nach meiner Ueberzeugung absolut nicht einmal geschäftsordnungsmäßig das Recht hat. (Lebhafter Widerspruch.) Nein, das hat er nicht. Ich habe lediglich berichtet, was ich gesagt habe. Ich habe Eisner mit keinem Worte angegriffen. Eisner aber eröffnet eine Diskussion darüber, wie man nach seiner Ansicht das Amendement hätte auffassen sollen. Ja, er ist sogar noch weiter gegangen, er hat sich erlaubt, die Bemerkung in seine Rede einzuflechten, seine Auffassung sei die lokale, und diese lokale Auffassung hätte ich mir nicht zu eigen gemacht, und er erhebt also gegen mich den Vorwurf der Illohalität. (Zuruf: Mit Recht! Die Antragsteller hätten diese Motive nicht. Schlußrufe.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Wenn Sie glauben das Recht zu haben, darüber etwas zu sagen, so können Sie sich ja nur melden, ich muß mir sehr entschieden eine derartige Perfidie verbitten. (Unruhe, Glode des Präsidenten.) Ich muß es mir verbitten, daß man mir Illohalität vorwirft, wenn ich meine Auffassung hier wiedergebe, und ich habe sie wiedergegeben, ohne daß Widerspruch dagegen erhoben ist. Wenn jemand geglaubt hätte, er müsse Widerspruch erheben, so hätte er das tun können. (Rufe: Wann denn? Sie hatten ja das Schlußwort.) Wie kann sich da der Verfasser eines Zeitungsartikels über die Sache erlauben, mir eine illohale Auffassung vorzuwerfen? Das ist geradezu unerhört. Ich muß es mir verbitten, daß in solcher Weise Gehässigkeit in die Debatte gebracht wird. (Zwischenruf Kanger-Chemnitz: Sie haben ja Gehässigkeit hineingebracht!)

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

**Vorsitzender Dietz:** Es ist fraglich, ob bis morgen Abend die Erlebligung aller Anträge möglich sein wird. Wir möchten nichts unter den Tisch fallen lassen, und ich schlage deshalb vor, daß Sie das Bureau ermächtigen, event. heute je nach Lage der Dinge noch eine dritte Sitzung anzuberaumen, etwa so, daß wir bis 7 Uhr tagen, dann eine Stunde Pause machen und von 8 Uhr ab noch etwa drei Stunden tagen. Dann sind wir sicher, daß morgen Abend geschlossen werden kann und daß wir nicht noch Sonntag sitzen brauchen. Ist es nicht notwendig, werden wir natürlich keine Abend Sitzung abhalten.

Das Bureau erhält die Ermächtigung, eventuell eine Abend Sitzung anzuberaumen.